

Bündnis „Völkermord verjährt nicht!“

Pressemitteilung vom 25.6.2015

100 Jahre nach dem Ende von „Deutsch-Südwestafrika“: Anerkennung des Völkermords an den OvaHerero und Nama in Sicht

Bundesregierung verhandelt mit Namibia über Anerkennung des Genozids 1904-08. Übergabe des Appells „Völkermord ist Völkermord“ und Gedenkveranstaltungen mit hochrangiger Delegation der Opferverbände am 6./7. Juli 2015

In ihren Antworten auf eine Kleine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen zur deutschen Kolonialvergangenheit (BT Drucksache 18/5166) hat die Bundesregierung u.a. angegeben, dass sie sich in einem Dialog mit der namibischen Regierung befindet, der „erstmalig auch die Suche nach einer gemeinsamen Haltung und einer gemeinsamen Sprache in Bezug auf den grausamen Kolonialkrieg der Jahre 1904 bis 1908“ umfasst.

Die Bundesregierung reagiert damit auf den Druck der Öffentlichkeit, der sich nach den deutschen Forderungen zur Anerkennung des Genozids an den Armenierinnen und Armeniern von 1915 deutlich erhöht hat. Bereits im März 2015 war in verschiedenen deutschen Botschaften und in Berlin eine online-Petition der OvaHerero übergeben worden, die von Deutschland die Bereitschaft zu Reparationsleistungen forderte. In einem aktuellen Appell fordern nun das Bündnis „Völkermord verjährt nicht!“ und mehr als 150 Erstunterzeichner*innen aus Politik und Wissenschaft, Kirche und Kultur, Black Community und NGOs den Bundespräsidenten, den Bundestag und die Bundesregierung dazu auf, zum 100. Jahrestages des Endes der deutschen Kolonialherrschaft im heutigen Namibia am 9. Juli 2015 auch den Völkermord an den OvaHerero und Nama endlich beim Namen zu nennen.

Der Aufruf „Völkermord ist Völkermord“ drängt Deutschland außerdem zu einer offiziellen Bitte um Entschuldigung, zur Rückgabe der vielen für rassistische Forschungen geraubten menschlichen Überreste aus Afrika und zur direkten Einbeziehung der OvaHerero und Nama in die Verhandlungen über geeignete Versöhnungsmaßnahmen. Neben Entwicklungsministerin a.D. Wiczeorek-Zeul, MdB Diaby (beide SPD), Wagenknecht und Movassat (Die LINKE) haben zuletzt der SPD-Schatzmeister Nietan, die Bundestags-Vizepräsidentin Roth (B90/Die Grünen) sowie die Fraktions- bzw. Parteivorsitzenden Gysi und Riexinger (Die LINKE) unterzeichnet.

Die Übergabe des Appells an den Bundespräsidenten und die Gedenkveranstaltungen werden am 6. bzw. 7. Juli in Berlin erfolgen. Dazu werden in der Partnerstadt von Windhoek (Namibia) hochrangige Vertreterinnen und Vertreter der namibischen Opferverbände erwartet, darunter OvaHerero Chief Adv. Vekuui Rukoro - Nachfolger von Paramount Chief Kuaima Riruako - und die Parlamentsabgeordnete und Namavertreterin Ida Hoffmann .

Appell, Antwort der Bundesregierung und weitere Infos: <http://genocide-namibia.net/>

Gedenkveranstaltungen am 7. 7.: 17 Uhr Friedhof Columbiadamm 122, 10965 Berlin | 19 Uhr Werkstatt der Kulturen, Wissmannstraße 32, 12049 Berlin

Kontakt: Bündnis „Völkermord verjährt nicht!“, 01799 100 976, buero[at]berlin-postkolonial.de